

Todesfälle durch unqualifizierte „Flüchtlings“-Ärzte



Von SASCHA | Es gibt sie noch, die mutigen Medien. Dazu gehört aktuell die Neue Westfälische. Sie berichtet politisch total unkorrekt darüber, dass die Ärztekammer Westfalen-Lippe Alarm schlägt: Lückenhafte Fachkenntnisse ausländischer Ärzte, die in Deutschland arbeiten wollen, drohen, so Kammerpräsident Theodor Windhorst aus Bielefeld, die Versorgung der Patienten zu beeinträchtigen. Der Grund: Die Kammer darf nur deren sprachliche, nicht aber ihre fachliche Kompetenz prüfen. Todesfälle seien bekannt.

So sei an den vom Heimatland bescheinigten, aber offenbar doch fehlenden Kenntnissen einer Gynäkologin aus Libyen ein Kind in einem Krankenhaus in Westfalen-Lippe bei der Geburt gestorben. Die Ärztin wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und arbeitete an einem anderen Krankenhaus weiter.

Im zweiten Fall starb ein Mann nach einem Sturz unter Alkoholeinfluss. Ohne weitere Diagnostik wurde er in die Psychiatrie eingewiesen. Dort starb er an einer Gehirnblutung. Sowohl der Notarzt als auch der diensthabende Arzt der Psychiatrie waren Ärzte „mit ausländischen Studienabschlüssen und fraglich ausreichenden Sprachkenntnissen“, so die Kammer.

Die Redaktion der Neuen Westfälischen kommentiert, dass es

nicht darum gehe, ausländische Ärzte unter Generalverdacht zu stellen, sondern darum zu fragen, ob die Mechanismen der Zulassung von Ärzten aus Drittstaaten, wie die Nicht-EU-Länder auch genannt werden, in jedem Einzelfall wasserdicht funktionieren. Wenn die Beobachtungen der Ärztekammer Westfalen-Lippe zutreffen, seien hier durchaus Zweifel angebracht.

Die Achse des Guten berichtet sogar von der großen Angst vor Fake-Ärzten aus Drittstaaten. Man müsse ausschließen, so der Präsident der Bundesärztekammer, Montgomery, „dass Menschen als Arzt tätig werden, die sich in ihren Heimatländern Zertifikate gekauft haben, ohne jemals die Universität besucht zu haben“. Es sei nicht tragbar, Berufszulassungen und Approbationen nur auf der Grundlage von Sprachprüfungen und nach Kontrolle der eingereichten schriftlichen Unterlagen auszusprechen.

Bei der Niedersächsischen Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) stößt die Initiative der Niedersächsischen Ärztekammer, zum Schutz der Patienten die bestehenden Zulassungsregeln für Drittstaatsärzte zu verschärfen, jedoch auf Ablehnung. Diese beruft sich auf die Bundesregierung. Im linksgestrickten politischen Milieu kommt offenbar erst der syrische „Flüchtlingsarzt“ zum Zug, dann der deutsche Patient. Dabei sind die Probleme schon seit Mai 2017 durch die Ärztekammer Niedersachsen bekannt.

Was in den letzten beiden Jahren konkret mit dilettierenden Ärzten aus Drittstaaten vorgekommen ist, kommt nur selten ans Licht, wie jetzt in der Neuen Westfälischen und in der „Achse“. Einer der Kritiker, Prof. Wolfgang Meins vom Hamburger UKE, nimmt glücklicherweise kein Blatt vor den Mund: Natürlich hätten Aufsichtsbehörden noch Krankenhäuser ein Interesse daran, ihre Verfehlungen ggf. öffentlich zu machen.